

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

245 (20.10.1922)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 1,50 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 1,65 M; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruher Abzügen abgeholt 1,50 M monatlich. Einzelnummern 7 M. Ausgabe: Mittags 12 Uhr, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 123; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 15.-M., auswärts 18.-M. Die zweiseitige 20.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Rücktritt der englischen Regierung

London, 19. Okt. Reuter meldet: Die Regierung hat ihren Abschied eingereicht. Der König hat die Abdankung von Lloyd George genehmigt.

London, 19. Okt. Der Rücktritt der Regierung erfolgt, obwohl er nach dem Ergebnis der konservativen Zusammenkunft im Carltonclub erwartet wurde, ungeheures Aufsehen. Die Wähler nennen das Ergebnis der konservativen Versammlung den Todesstoß für die Koalitionsregierung und weisen darauf hin, daß in der kurzen Zeit von zwei Stunden eine Zusammenkunft konservativer Parlamentsmitglieder, die von Chamberlain eigentümlich dazu einberufen worden war, um seine Politik anzunehmen, ihn über Bord geworfen und die Unabhängigkeit der Partei hergestellt habe. Lloyd George hat dem König angetragen, Bonar Law aufzufordern, die Regierung zu bilden. Man erwartet, daß nach der Bildung der neuen Regierung durch Bonar Law das Parlament aufgelöst wird und Neuwahlen anberaumt werden.

London, 19. Okt. Dem Vernehmen nach hat Bonar Law den Auftrag zur Kabinettsbildung angenommen.

London, 19. Okt. Die für heute einberufene Parteiführung der Unionisten beschloß mit 186 gegen 87 Stimmen, bei den Neuwahlen als unabhängige konservative Partei an das Rand zu appellieren.

Die auf der Konferenz angenommene Geschäftsleitung besaß, die konservative Partei sei zwar willens, mit den Koalitionspartnern zusammen zu wirken, wolle aber den Wahlkampf als unabhängige Partei mit eigenen Führern und eigenem Programm durchführen.

### Weitere Erhöhung der Personentarife

Ab 1. Dezember viermal so teuer wie heute

Berlin, 19. Okt. Die gleichen Gründe, die für die Erhöhung der Personentarife ab 1. Oktober und 1. November geführt haben, nötigen zu ihrer weiteren Erhöhung am 1. Dezember, womit sich auch der künftige Ausmaß des Reichsrentenabbaus grundsätzlich einverstanden erklärt. Am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember an um weitere 100 Prozent, also um das Vierfache der am 1. Oktober geltenden Fahrpreise erhöht. Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrtaufweise zum vierfachen Betrag des ursprünglichen verkauft werden. Eine Ueberwälzung der Fahrkarten erfolgt nicht.

### Französisch-kommunistischer Kongreß

Der Schlußbericht

Paris, 19. Okt. Der kommunistische Kongreß, der gestern nachmittags in einer Beschlusssitzung über die Streitigkeiten innerhalb der Partei bezüglich der einflussreichen Partei weiter diskutiert hat, hat in einer Resolution den Bericht der einflussreichen Kommissionsmitglieder entgegengenommen, die den Austritt aller dieser bekräftigen, die sich nicht unbedingt auf den Moskauer Standpunkt stellen. Es befinden sich in der Hauptsache darunter Intellektuelle, die bisher innerhalb der Partei eine füh-

### Zur Reichspräsidentenwahl

Aus Berlin wird uns berichtet: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung vom letzten Donnerstag beschlossen, einem Vorschlag des Zentrumsführers Marx zuzustimmen, wonach der gegenwärtig amtierende Reichspräsident durch förmliche Verfassungsänderung zum definitiven Reichspräsidenten mit Ablauf der Amtszeit am 30. Juni 1925 erklärt werden soll. Zur Erklärung dieses Beschlusses muß auf die Vorgeschichte der ganzen Angelegenheit zurückgegriffen werden. Bekanntlich hatte die Sozialdemokratische Partei, und besonders der Reichspräsident selbst, den dringenden Wunsch geäußert, die von der Verfassung vorgedriebene Wahl des Reichspräsidenten so bald wie möglich erfolgen zu lassen. Aus taktischen Gründen hatte die Volkspartei gegen die Vornahme der Wahl zum vorgesehenen Termin des 3. Dezember schwere Bedenken, und es gelang ihr allmählich, die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen zu sich herüberzuziehen. Was die Volkspartei beabsichtigte, das war eine Verlängerung des Provisoriums bis zu einem unbestimmten, aber jedenfalls ziemlich nahen Zeitpunkt, der ihr bequemer als der gegenwärtige zu sein schien. Hier setzte nun der sozialdemokratische Gegenstoß ein. Angesichts der Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Wahl am 3. Dezember standen, dieser Termin also höchstens in einem formierten parlamentarischen Kampf mit Hilfe der Deutschnationalen durchzuführen war, ließen die Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion bei den Verhandlungen durchblicken, daß es vielleicht doch ein Mittel gebe, ihre Fraktion von der Wahl am 3. Dezember abzubringen. Das sei die Erklärung Eberts zum definitiven Reichspräsidenten der ersten Amtsperiode durch eine überwältigende Mehrheit des Reichstags. Die sozialdemokratische Fraktion stellte jedoch selbst einen dahingehenden Antrag nicht, sondern wartete ab, was die anderen machen würden. Da kam der Vorschlag des Zentrums, Ebert bis zum 30. Juni 1925

rende Rolle gespielt haben. Der Kongreß wird seine Arbeiten heute fortsetzen und erst dann zu einer Entscheidung über den Ausschluß und über die zukünftig einzuschlagende Taktik treffen.

Paris, 19. Okt. Nach Schluß der geistlichen Sitzung des kommunistischen Kongresses wurde der deutsche Delegierte Franz Dahlen von zwei Polizei-Inspektoren verhaftet und am Abend nach über die belgische Grenze abgeschoben. Dahlen war ohne jeden Ausweis nach Paris gekommen. Die Wähler bezeichnen Franz Dahlen als kommunistischen Abgeordneten im preußischen Landtag, Direktor der Rhen-Fahne, wohnhaft zu Köln.

### Aus Kopenhagen

Kopenhagen, 19. Okt. Auf dem gestern abgehaltenen 5. Kongreß der kommunistischen Jugend hielt Trotsky eine Rede über die Geschichte des russischen Kampfes um den Frieden, und wies auf die Bedeutung der Forderung des Wiederaufbaus der russischen Flotte hin. Entgegen aller Verleumdung der internationalen Presse behauptete die Sowjetmacht ihren Friedenswillen, werde jedoch niemals das Schicksal der russischen Flotten der Willkür imperialistischer Admirale ausliefern, sondern die bisher lückenhafte Marine energisch ausbauen.

### Der Preis für Zeitungspapier

Wie die R.P.N. hören, ist der Preis für Zeitungspapier mit Wirkung vom 16. Oktober von 83 auf 99,50 M für das Kilogramm erhöht worden.

### Arbeitsführungen bei Krupp

Essen, 19. Okt. (Privattelegr.) Am Dienstag hat in der Gießerei III der Firma Krupp der größte Teil der Belegschaft, obwohl der Schmelzprozess in vollem Gange war, kurz nach 12 Uhr die Arbeit niedergelegt, ohne die Betriebsleitung irgendwie in Kenntnis zu setzen und ohne die Hauptmaschinen zu verriegeln. Um in Zukunft derartigen Vorkommnissen vorzubeugen, die den Betrieb und das Werk in hohem Maße gefährden, hat sich die Betriebsleitung genötigt gesehen, denjenigen Teil der Gießerei III, der die Arbeit unbefugt verlassen hat, scharf zu entlassen.

Köln, 19. Okt. Die Arbeiterführung bei dem Krupp-Gewerkschaft hat von der Direktion Stellungnahme zu einem kürzlich in Halle gefällten Schiedsspruch gefordert. Die Direktion lehnte dies ab, da sie gegenwärtig in Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium steht. Die Arbeiterführung lehnte deshalb heute mittag die Arbeit nieder, worauf die Direktion die gesamte Belegschaft auspererte.

### Auch Krise in Dänemark

Kopenhagen, 19. Okt. Am Freitag brachen bei Erörterung der Regierungserklärung die Sozialdemokraten und die radikalen Tagesordnungen ein des Inhalts, daß das Ministerium nicht das Vertrauen des Folketing beziehe. Die konservative Volkspartei brachte eine Tagesordnung ein, in der es heißt: Zudem das Folketing das Vertrauen hat, daß das Ministerium eine Politik fortsetzen wird, die die Interessen aller Gewerkschaften auf der Grundlage der zugehörigen Zusammenarbeiten gewährleistet, geht es zur Tagesordnung über. Der Ministerpräsident erklärte, er nehme die konservative Tagesordnung an. Das Folketing stimmte mit 78 Stimmen der liberalen und konservativen der Tagesordnung der Sozialdemokraten gegen 66 Stimmen der Sozialdemokraten und der radikalen Linken zu und lehnte die beiden anderen Tagesordnungen ab.

als definitiven Reichspräsidenten anzuerkennen. Die verfassungsmäßige Amtsdauer von sieben Jahren wird nach diesem Vorschlag um ein halbes Jahr verkürzt. Dieser Verkürzung wird aber sachlich damit begründet, daß in Zukunft alle sieben Jahre zu wählen sein wird und daß es besser ist, diese Wahl in die Sommermonate als in die Wintermonate zu legen. Der Juni wird danach alle sieben Jahre der Monat des Wahlkampfes um den Reichspräsidenten sein. Ohne die Verkürzung der Amtsdauer des ersten Reichspräsidenten um ein halbes Jahr wäre die Wahl für alle absehbare spätere Zeit immer auf den Februar gefallen.

Entscheidend konnte es für die Fraktion nicht sein, ob die Amtsdauer Eberts um ein paar Monate gekürzt würde. Entscheidend war das Prinzip, daß Ebert als der erste ordentliche Reichspräsident der deutschen Republik durch eine überwältigende Mehrheit des Reichstags anerkannt werden müsse. Da diese Anerkennung in Aussicht gestellt wurde, hatte die Sozialdemokratische Fraktion keinen Grund mehr, auf der sofortigen Durchführung der Volkswahl zu bestehen.

Nachdem die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Vorschlag des Zentrums, den jetzigen Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 in seinem Amt zu belassen, zugestimmt hatte, trat die Fraktion der Deutschen Volkspartei zusammen, um ebenfalls zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. Auch sie schloß sich trotz der am Dienstag eingegangenen abweichenden Haltung der angereagten Amtsverlängerung des jetzigen Reichspräsidenten an, jedoch in der später stattfindenden Parteiführer-Sitzung ohne weiteres Uebereinstimmung darüber erzielt werden konnte, den verfassungsändernden Gesetzesentwurf nach Möglichkeit noch in dieser Woche zu verabschieden. Auch die Bayerische Volkspartei stimmte der Anregung zu.

Durch dieses vereinbarte Vertrauensvotum, das dem Reichspräsidenten Ebert durch eine große Mehrheit des Reichstags ausgesprochen werden wird, können sich die Deutschnationalen den Agitationsaufwand für Herrn Hindenburg und die Kommunisten für ihre Klara Zetkin für spätere Zeiten aufsparen.

### Der Kampf um die Simultanschule

Grundrissliches und Taktisches von Hauptlehrer H. O. Gaebler (Karlsruhe) (Schluß)

### III. Die weltliche Schule

a) Die Kirchenschule. Erziehung ist geistige Fortpflanzung der Gesellschaft. Jede Gesellschaftsform schafft sich diejenigen Bildungseinrichtungen, die ihrer Gesamtideologie entsprechen. Grundlegend sind letzten Endes auch hier die Produktionsverhältnisse einer Gesellschaft. Der mittelalterliche, christliche Feudalismus schuf die Kirchenschulen. Mit dem Emporkommen der städtischen Gewerbetätigkeit entstanden die mehr realistischen Bürgerschulen. Der absolute Staat und noch mehr der aufkommende Industrialismus des 19. Jahrhunderts schuf die moderne staatliche Volksschule; Massenarbeit setzte Massenbildung voraus. Die heutigen Volksschulen sind also nicht Gründungen der Kirche, sondern des Staates. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit benützte allerdings der Staat die Kirche und ihre Organe zum Aufstufungsdiens über die Schule. Damit war der Einfluß der religiös-konfessionellen Erziehung weitgehend gesichert; dem Volke mußte ja die Religion erhalten bleiben. So blieb bis zur Umwälzung in den meisten deutschen Staaten der Dreißigerer der Vorbehalt von Staats Gnaden für den Lehrer. Während vor dem Kriege noch die Religion in höchster Gefahr war, wenn man ein klein wenig an der geistlichen Schulaufsicht zu rütteln wagte, denkt heute „natürlich“ niemand mehr an eine Wiedereinführung.

In Baden war mit der Einführung der Simultanschule naturgemäß auch die geistliche Schulaufsicht erledigt. Zwar beliebe man auch noch später, Theologen in leitende Schulaufsichtstellen einzusetzen; doch als staatliche Beamte im Hauptamt.

Die Kirchenschule in ihrer schärfsten Ausprägung ist in Deutschland im November 1918 zusammengebrochen. Aber an ihre Stelle ist noch keine weltliche Schule getreten.

b) Trennung von Kirche und Schule. Der Gedanke einer Schulorganisation, die rein weltlichen, d. h. kirchlich durchaus unbeeinflussten Charakter trägt, ist sehr alt. Je mehr die Bildung sich von der Kirche löste, umso mehr mußte auch die Erziehung bestrebt sein, sich innerlich und äußerlich von konfessionellen Bindungen frei zu machen. Der Kampf, den die Schule um ihre Freiheit von der Kirche führte und leider heute noch führen muß, ist nichts anderes als der Befreiungskampf der Kultur überhaupt, den sie in den vergangenen Jahrhunderten führte. Heute sind Hochschulen und höhere Lehranstalten kirchlich freie Bildungsanstalten; nur die Volksschule und die elementare Volksbildung kann offenbar in manchen Ländern nicht von kirchlicher Bevormundung gelöst werden. Die Sozialdemokratie hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß die Schule, soweit sie staatliche Pflichtschule ist, frei sein muß von konfessionellen Bindungen. Der Grundsatz: „Religion ist Privatfache“ hat auch auf diesem Gebiet grundsätzlich und taktische Auswirkungen gehabt; Trennung von Staat und Kirche muß naturgemäß auch Trennung von Staatsschule und Kirche sein. Religion ist Sache innerer Ueberzeugung; sie kann und darf nicht „Staatschule“ sein; Staat ist Zwang, was seinen Ausdruck ja in der staatlich gebotenen Schulpflicht findet. Die Schule sollte also, da sie staatliche Einrichtung ist, jenseits des Konfessionellen stehen; sie sollte „weltlich“ sein. Die religiös-konfessionelle Erziehung kann deshalb nicht Sache des Staates, sondern allein der religiösen Gemeinschaften sein. Schule und Kirche müssen getrennt werden.

c) Theorie und Praxis. Die Formen der Trennung von Staat und Kirche, von Schule und Kirche können sehr mannigfaltig sein. Es gibt eine Reihe von Staaten, in denen innerhalb der staatlichen Schule überhaupt kein Religionsunterricht erteilt wird. In anderen Staaten stellt man einen bestimmten Tag und die nötigen Lokale zur Verfügung. Eine grundsätzliche Trennung von Kirche und Schule ist jetzt in allen Kulturstaaten durchgeführt. Die Trennung ist freilich manchmal noch embryonal, und die Bindung um vieles fester. Die badiische Simultanschule kennt ebenfalls noch keine absolute Trennung von Kirche und Schule. Religion ist ordentliches Lehrfach, zählt in das staatliche Deputat des Lehrers; die Erteilung des Religionsunterrichts wird also vom Staat bezahlt. (Man rechne aus, welche gewaltige Summe das bei etwa 6000 badiischen Lehrkräften bedeutet!) Die Lehrer können nur nach Maßgabe des Bekennnisses angestellt werden. Andererseits kümmert sich der Staat nicht um Inhalt und Qualität des Religionsunterrichts; die Kirchen beauftragen den Religionsunterricht. Wir haben also in der badiischen Simultanschule eine besondere Mischung an sich widerstreitender Elemente; nicht mehr reine Kirchenschule, aber noch nicht reine Staatsschule. Die Entwicklung ging allerdings in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr zur Staatsschule. Diese Entwicklung wurde aber gestört durch die, infolge der Umwälzung nun auch auf diesem Gebiet hereinströmenden Ideen einer Demokratisierung der Erziehung. Demokratie kann in Bezug auf die Organisation der Erziehung verschieden ausgelegt werden; und diesem Zweifelpunkt in dem Begriff „Demokratie“ verdanken wir das Weimarer Schulkompromiß und den Entwurf zu einem Reichsschulgesetz.

d) Elternrecht und Staatsrecht. Die Frage, auf welchen dies Problem beruht, lautet: Ist das Recht des Staates oder das der Eltern größer in Bezug auf die Organisation der öffentlichen Erziehung? Diese Frage kann verschieden beantwortet werden, je nachdem man grundsätzlich geneigt ist, ein individuelles Recht über oder unter ein soziales Recht zu stellen. Die katholische Kirche stellt das Elternrecht über die Schulpflicht des

Staates; auch auf dem diesjährigen Katholikentag wurde eine dementsprechende Entschließung angenommen. Der Grundgedanke der badischen Simultanschule aber ist die Anerkennung der Schulhoheit des Staates als der Zusammenfassung aller Eltern. Der Gedanke des Elternrechts hat nun Eingang gefunden in die Verfassung durch das Weimarer Schulkompromiß. Artikel 120 sagt: „Die Erziehung des Nachwuchses zur leiblichen und seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit, ist oberste Pflicht und natürliche Recht der Eltern, über deren Befähigung die staatliche Gemeinschaft wacht.“ Artikel 146 Abs. 2 billigt den Erziehungsberchtigten einen Einfluß auf die Gestaltung der Schulorganisation zu, in der sie ihre Kinder vom Staate erziehen lassen wollen. Der Gesetzentwurf sieht hierfür vier Schularten vor, welche den verschiedenen Interessen der Eltern Genüge tragen könnten: Gemeinschaftsschule; Bekennerschule; Weltanschauungsschule; Weltliche Schule. Die badische Simultanschule entspricht etwa der Gemeinschaftsschule. Sie ist durch den besonderen § 15 von der Reichsregelung ausgegliedert.

In Baden finden Elternrecht und Staatsrecht auf dem streitigen Gebiet einen Ausgleich. Es ist klar, daß die Sozialdemokratie grundsätzlich auf dem Boden der staatlichen Schulhoheit steht, und daß das von ihr auch anerkannte Elternrecht nur gilt in den Grenzen staatlicher Notwendigkeit. Dabei ist eines zu beachten: es entspricht durchaus demokratischen Grundansatzungen, auch den Religionenunterricht in der staatlichen Schule zu belassen, sofern die Mehrheit der Erziehungsberechtigten eine Einräumung dieses Unterrichts in den allgemeinen Unterricht will. Dabei muß aber immer beachtet werden, daß die Erteilung dieses Unterrichts nur Sache der Kirche, niemals des Staates als solchen sein kann, weil der Staat nicht konfessionell aufgebaut ist, sondern simultan. Da die Schule dem Staate, nicht der Gemeinde gehört, da insbesondere der Lehrer Staatsbeamter, nicht Gemeindefunktionär ist, so ist Elternrecht für die Schule nur möglich innerhalb der staatlichen Regelung schulischer Verhältnisse. Damit ist gesagt, daß sich das Elternrecht, soweit es Individualrecht ist (da es ja konfessionelle Wünsche äußert) dem Staatsrecht, das ein Sozialrecht ist (und deshalb über den Konfessionen steht) unterordnet muß. Es kann also nicht heißen: Elternrecht bricht Staatsrecht; das wäre eine gewalttätige Politik; es kann auch aus denselben Gründen nicht heißen: Staatsrecht bricht Elternrecht; sondern notwendig ist eine Unterordnung des Elternrechts dort, wo allgemeines Recht in Frage steht, und eine gesetzliche Normierung des Elternrechts dort, wo dies ohne Neuzug der staatlichen Schulhoheit geschehen kann. Dieser Regelung steht praktisch eine große Schwierigkeit im Wege: nämlich die Gewissensfreiheit der Lehrer.

e) Die Gewissensfreiheit der Lehrer. Zum Wesen der weltlichen Schule gehört, daß Schüler und Lehrer nicht konfessionell gebunden sind. Art. 149 der Verfassung hat dem Lehrer das Recht gegeben, den religiösen Unterricht niederzuliegen. Ferner ist nach Art. 138 die Zulassung zu öffentlichen Ämtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis. Demgegenüber steht die Bestimmung der bad. Simultanschule, daß die Anstellung der Lehrer nach Maßgabe ihrer Zugehörigkeit zu einer Konfession erfolgt. Um diese Bestimmung, von der bei kleinen und kleinsten Schulen zu einem Teil die Möglichkeit der Erteilung des Religionenunterrichts abhängt, wurde viel gekämpft. Dieser Punkt bildet auch den Anknüpfungspunkt der schulfachspezifischen Haltung kirchlicher Kreise. Der unparteiische Beurteiler wird feststellen müssen, daß hier zwei Rechte einander gegenüberstehen, von denen ein jedes Anspruch hat, in einer Demokratie Erfüllung zu finden. Die reinlichste Lösung wäre freilich die vollständige Trennung von Schule und Kirche, wie das ja viele Staaten haben, ohne daß deshalb dort das religiöse Leben weniger entwickelt wäre; im Gegenteil. Aber diese Lösung scheint bei uns in Baden nicht möglich.

Eine andere Lösung wäre die Bildung von verschiedenen Schularten, etwa im Sinne des Reichsschulgesetzentwurfs. Das würde die Bereicherung der badischen Simultanschule bedeuten, an die man ohne Not nicht herangehen sollte. Eine dritte Lösung bewegt sich innerhalb der Ebene einer Umgestaltung bestimmter Rechte der Lehrerschaft in Bezug auf ihre Verordnungsbarkeit. Aber auch diese Möglichkeit enthält in sich große Schwierigkeiten und verlangt auch eine Umgestaltung bestimmter Grundrechte der Simultanschule. Aber doch scheint mir, nach reiflicher Überlegung, dieser letzte Weg der gangbarste zu sein. Die Lehrerschaft hat durch die Revolution das große befreiende Recht der

Gewissensfreiheit erhalten; sie wird nicht willens sein, dies Recht wieder aufzugeben. Aber auf der andern Seite wird sie, soweit sie nicht nur staatspolitisch, sondern schulpolitisch denkt, wissen, daß neue Rechte auch neue Pflichten einschließen. Diese schwierige Aufgabe muß u. E. bald gelöst werden. Es wird Sache der politischen Parteien sein, eine befriedigende Lösung zu finden. Welche es auch sein mag, eines steht fest: die Sozialdemokratie darf niemals rüchten lassen an der Staatshoheit über die Schule, an dem „obersten Erziehungsrecht der Volksgemeinschaft“ (Görlicher Programm). Sie darf nicht rüchten lassen an der Gewissensfreiheit für Eltern, Schüler und Lehrer; denn eine Nachgiebigkeit auf diesem Gebiet würde alle Errungenschaften freierheitlicher Kulturverwirklichung an der Wurzel zerstören. In diesem Falle weiß sich die Sozialdemokratie nicht nur mit den Kräften der Arbeiterkassen, sondern auch mit einem großen Teile der sog. gebildeten Schichten und insbesondere auch der badischen Lehrerschaft. Ein Schulkampf, der unter der Devise „Verteidigung der staatlichen Schule“ geführt würde, hätte bei uns in Baden auf härteste Frontstellung weitestest Kreise zu rechnen. Es ist aber nicht notwendig, daß es zu einem solchen Kampfe kommt. Der Schulkampf muß nicht kommen. Er kommt nur dann, wenn kirchliche Kreise ihn ohne zwingende Not entfesseln. Mögen die führenden Männer jener Kreise weißbilden genug sein, um das gesamte Volk und — sich selbst vor Schaden zu warnen. Die Sozialdemokratie und insbesondere die sozialdemokratische Lehrerschaft, wird bereit sein, ihre Kämpfe mit allen Mitteln des demokratischen Staates zu verteidigen.

### Die Titelmüt in Bayern

Wie aus Augsburg gemeldet wird, hat entgegen den Bestimmungen der bayerischen Verfassung und des bayerischen Gemeindeverfassungsgesetzes die bayerische Regierung auf der Tagung des Bayerischen Städtebundes am vergangenen Sonntag in München an der Tauber einer Anzahl von Oberbürgermeistern den Titel „Oberbürgermeister“ verliehen. Die anwesenden 48 sozialdemokratischen Parteimitglieder ließen gegen diese verfassungswidrigen Titelverleihungen eine scharfe Protestklärung verlesen, in der sie der Verfürgung Ausdruck geben, daß durch diese Titelverleihungen dem Streikbrot der Bürgermeister Tür und Tor geöffnet werde. Der sozialdemokratische Erste Bürgermeister der Stadt München hatte den ihm angebotenen Oberbürgermeistertitel abgelehnt.

### Badische Politik

#### Die neue Polizei-Uniform

Vom Verband der Polizei- und Gendarmeriebeamten Badens wird uns geschrieben: Dieser Tage erschien in den badischen Tageszeitungen eine Notiz, wonach die Polizeibeamten Baden gegen die von der Regierung geplante und von verschiedenen Beamten bereits getragene Uniform Einpruch erhoben, haben sie dadurch nicht nur dem eigenen Empfinden, sondern auch dem der großen Masse der Bevölkerung Rechnung getragen; denn es besteht tatsächlich die Befürchtung, daß der Polizeibeamte in seiner neuen Uniform von dem um Schutz ersuchenden Publikum nicht mehr als solcher erkannt wird. So werden z. B. Greise, Frauen und Kinder, die auf der Straße Rat und Hilfe brauchen, in dem uniformierten Beamten eher alles andere als einen Polizeibeamten erblicken. Die Urteile, die wir bisher von Seiten des Publikums in dieser Hinsicht, darin liegt zuerst eine große Gefahr der kommenden Uniform. Doch es tritt noch weiteres hinzu. So steht fest, daß ein Staat von jedermann, sei er Ausländer oder Angehöriger eines anderen Bundesstaates, nach dem Aussehen des uniformierten Beamten auf der Straße beurteilt wird. Zweifellos kann auch den besten Staat eine einfache Uniform auf der Straße repräsentieren. Da nun aber einmal die Polizeibeamten der Auffassung sind, daß die neue Uniform gegenüber dem Publikum gebracht, daß man auch die einfache Uniform nicht als solche erkennen kann und muß. Die badischen Polizeibeamten, denen man ja in der Uniformfrage weitgehendes Mitspracherecht zugebilligt hatte, haben keine Kopien gezeichnet, um der Regierung mit Vorschlägen zu dienen. Die von der Polizeibeamtenschaft angefertigte Uniform hat den Beifall der gesamten badischen Polizeibeamten gefunden

und wird zweifellos auch dem Volksempfinden Rechnung tragen. Da jedoch die zur Veranschaulichung der Uniform von den Beamten gemachten Vorschläge bei der Regierung kein Verständnis gefunden haben, so haben sich die Polizeibeamten in letzter Instanz an die badische Volksvertretung gewandt. Die Eingabe an den Landtag soll bezwecken: 1. Dem Polizeibeamten eine Uniform zu schaffen, die ihn auf der Straße hervorhebt und kenntlich macht. 2. Die Autorität des Staates durch den Träger der Uniform auf der Straße zu heben. 3. Dem Staate wesentliche Kosten zu ersparen. (Die Regierung glaubt hier an eine Kostenvermehrung.) 4. Den Polizeibeamten selbst in gesundheitslicher Hinsicht zu dienen.

Ist auch die Frage der Uniformierung der badischen Polizeibeamten für das Volksganze gerade nicht von weltanschaulicher Bedeutung, so darf doch die große Masse der Bevölkerung unseres Landes in ihrem eigenen Interesse nicht achlos daran vorbeigehen. Die badische Polizeibeamtenschaft appelliert hiermit an die Öffentlichkeit und bittet in dieser Frage um deren Unterstützung.

\* **Ausbildungskurs für Gemeindepolizeibeamte.** Bei der staatlichen Polizeischule in Karlsruhe wird ein Ausbildungskurs für kommunale Polizeibeamte abgehalten werden, der am 27. November d. J. beginnt und sich auf vier Wochen erstreckt soll. Der Kurs bezweckt eine Schulung der kommunalen Polizeibeamten in der theoretischen und praktischen Grundlagen ihrer Berufsausübung. Als Teilnehmer werden polizeiliche Gemeindepolizeibeamte der größeren und wichtigeren Gemeinden im Alter bis zu 40 Jahren zugelassen, sowie leitende Gemeindepolizeibeamte bis zu 50 Jahren, wobei Ausnahmen gestattet werden können. Die Zahl der Teilnehmer an diesem ersten Kurs soll jedoch 80 nicht überschreiten. Ein Unterrichtsgehalt wird nicht zu entrichten sein, die Gemeinden haben lediglich den persönlichen Aufwand für die Kursteilnehmer zu tragen. Die Gemeinden werden durch die Bezirksämter noch besonders auf den Kurs aufmerksam gemacht.

### Aus der Partei

**Mitteilungen des Parteisekretariats Karlsruhe**  
Trotz unserer Erinnerung vom 7. Oktober an dieser Stelle, haben, wie der Bezirksleiter Gen. Koch mitteilt, nachziehende Mitglieder immer noch nicht abgerechnet: Spitz, Geener, Wölling, Palmach, Durmersheim, Niederbühl, Oberndorf, Kriech, Wiesental, Karlsruhe, Odenheim, Obergrumbach, Albstadt, Düren und Gelsbrunn. — Sagel, Erlingen und Gillingen sendten Geldbeträge ein, dagegen gingen die dazu gehörigen Abrechnungsformulare nicht ein. — Ahren, Ettlingen, Weier, Malch, Delsheim, Deltlingen sendten die Abrechnungen ein, jedoch nicht auch die Geldbeträge. Ich ersuche dringend um sofortige Erledigung. Auch um baldige Einbringung der Gelder für die bezogenen Volksblätter wird ersucht.  
Oskar Trinks, Parteisekretär.

Spitz, Morgen, Samstag, 21. Okt., abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Grünen Baum“ eine außerordentliche Parteiverammlung statt. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Gemeinderatswahl. Es ist Pflicht aller Genossen, zu erscheinen.  
Kleinleinhof, 19. Okt. Samstag, 21. Oktober, findet im Gasthaus zum Adler abends 8 Uhr eine Mitgliederversammlung unserer Partei statt. Da die Gemeindevorhaben besprochen und die Aufstellung der Kandidaten erledigt werden soll, ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Auch Volksfreundler, sowie Anhänger unserer Partei sind willkommen.  
Wölfelbach, Soz. Verein, Samstag, 21. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Aub“ eine Versammlung statt, in der die Genossen Landtagswahl, Kur z referieren wird. In dieser Versammlung wird zu den bevorstehenden Gemeindevorhaben Stellung genommen. Die Parteigenossen werden gebeten, für guten Besuch zu agitieren.

### Jugend und Sport

Arbeiter-Radfahrerclub Solidarität, Gau 22, Bezirk 5. Die auf 22. d. M. nach Gaggenau angelegte Bezirksausfahrt muß umständehalber 8 Tage verschoben werden auf 29. d. M. Außer den beiden Reigenmannschaften Rotenfeld-Markt wird die Musikabteilung der Arbeiterjugend sowie der Arbeiter-Gesangsverein „Freiheit“ Gaggenau freundlich mitwirken. Vollständiges Erscheinen soll unseren diesjährigen Abschluß aufwiehen. — Am 21. d. M. findet in Steinmauern abends 8 Uhr eine öffentliche Radfahrer-Versammlung mit dem Thema: „Wie stellen sich die Arbeiter-Radfahrer zu den kommenden Gemeindevorhaben“ statt. Gewerkschaftssekretär Wilhelm Koch (Karlsruhe) hat das Referat übernommen. Die Bezirksleitung ersucht die nachziehenden Ortsgruppen, sich dorten in der „Sonne“ einzufinden zu wollen.

Er schweig und schämte sich. Damit konnte die geheime Konferenz geschlossen werden. Stone und Parker einigten sich, um ihren Maßnahmen, die hinter der Tribüne und einer provisorischen Zeltwand freilich nebeneinander tauchten, vor dem großen Kampfe die letzten liebevollen Handreichungen angebotene zu lassen und sich dann in den dunkeln Polsträumen der Tribüne in ihr schmuckes Gesellschaftsleben zu werfen. Delano erlitt in feierlicher Stimmung nach dem Ausschäuschen am Eingang, wo bereits zwei Kaffeearten auf ihre kommende Tätigkeit warteten. Sie kam auch, mit jeder Viertelstunde häufig wechselnd. Der Aufstellungsort, sonst ein Bild tiefer melancholischer Einsamkeit, begann sich zu beleben. Lawrence fragte wie eine Sonne über dem Platz, Fremde begrüßend, Fremde zurechtweisend. Er war kein Wesen, das sich ringsumher entwickelte, und er fühlte, daß die Augen von zwei Weltteilen auf ihm ruhten.

Die Tribüne füllte sich langsam; um die Parteien der großen Ringe schloß sich ein Menschenring in Form einer dünnen, tiefen Wandschicht, deren Dünner sich bereit zu einem Kreis zusammenfügte. Daß das Sonntagspublikum der Stadt in Bewegung geraten konnte, hatte ich halb und halb gehofft; daß aber auch die Aristokratie der Crescent City erscheinen würde, war mehr, als ich erwartete. Von Freitag kam — man hörte sein bezeichnendes lautes Lachen schon von weitem —, der erste Reuegard, Taylor, unruhig wie ein Wiesel, nach allen Seiten auf Jonathan und gegen John Bull blickend. Die Queen mit der jüngeren Generation lebte das Innere des Rings und brachten ganze Scharen von Damen in glänzenden Toiletten. Es gab doch noch schwarze leuchtende Augen und blühende Diamanten in der Stadt. Gelegenlich sah man Delano mit einem Reimrandbeutel im Arm vom Eingangstor nach dem Babylon laufen. Es waren Geschäfte, die er in Longstreet-Bureau entlehnt hatte. Er lachte förmlich, zum erstenmal nach dem Witzereise, wie mir Owen, ebenfalls lachend, berichtete. Eine heitere Aufregung bemächtigte sich der Menge in feigenem dem Grade. Der improvisierte Wettstreit, hinter dem in stolischer Ruhe die zwei Maschinen ihre Rauchwolken zum Himmel schickten, war von hundert Jungen andrängend, die die Leinwandwände einandrücken versuchten um vor Zeit zu sein. Der Bucephalus und dem schwarzen Ferkel mit entzerrter Beobachtung beizugelassen wurden. Es kam wenig, da der eine eine riesige amerikanische, der andere eine englische Starke trug, die sofort der Witzbauz fuhelnder Bewunderung wurden.

(Fortsetzung folgt.)

### Hinter Pflug und Schraubstock

Stützen aus dem Taschenbuch eines Ingenieurs  
Von Max Eyrich  
(Fortsetzung)

Das Elefantentreffen  
Ein kurzer scharfer Regenpuß, der in der Nacht gefallen war und die Frühlingserregung einleitete, konnte unserer Meinung aber nicht sonderlich zuträglich sein, doch trodnete der sonige Deflation genügend, so daß alles glänzte und prangte, wie es sich für einen großen Tag ziemt. In der Stadt war für ein hundiges Auge eine gewisse Bewegung deutlich erkennbar. Gruppen umhändten die Anschlagtafeln und die Bretterwände der im Bau begriffenen Häuser, an denen sich das von Lawrence gedichtete Plakat in Riesenschriftstaben breit machte: „Amerikane Sensation! Amerika gegen England; England gegen Amerika! Das Mammutentreffen der zwei Dampfmotoren wurden von zweifelhaften Gestalten betten angeboten und angenommen. Gegen nachmittag war die Teambahnlinie in der Richtung des Ausstellungsplatzes belagert, und von vier Uhr an gingen aufgeregt und im allgemeinen freudige Menschen in lebensgefährlicher Weise an den Geländern und Treppen der Wagen, von denen alle acht Minuten fünf und sechs unmittelbar hintereinander nach Oien fuhren.

Schon um elf Uhr hatten wir bei verschlossenen Türen im Parloir eine geheime Sitzung abgehalten: Lawrence, Delano, ich und die zwei Elefantentreiber Parker und Stone. Es handelte sich um genaue Anweisungen für die beiden letztgenannten. Flüsternd ersuchte ich sie, nachdem die Türen verriegelt waren, ihr heiliges Ehrenwort abzugeben, daß nichts — aber auch nichts! — was sie in dieser feierlichen Stunde hören sollten, jemals über ihre Lippen kommen werde. „I will be blown“, sagte der Engländer bereitwillig, aber ernst, „wenn ich je etwas ausplaudere.“ — „I will be darned!“ schwor der Amerikaner. Wörtlich übersetzt heißt das eine: „Ich will gebären“, das andere: „Ich will gestopft sein“ und ist in der Heimat der Betroffenen die landesübliche Umschreibung für den Wunsch, in der untersten Hölle zu braten. Ich konnte beruhigt fortfahren:

„Sie wissen, meine Herren, daß, was wir heute zu tun haben, die Grenze eines kleinen heiligen Hundes nicht überschreitet. Ich brauche Ihnen, bei Ihrer Intelligenz, nicht mitzuteilen, daß unter Elefanten keine weltlichen Elefanten, unfer-

Weltrennen kein weltliches Weltrennen ist. Herr Lawrence wird Ihnen vielleicht auseinandersetzen, wenn Sie dies wünschen sollten, wie weit unser Vorgehen vom ethischen Standpunkte aus haltbar ist. Ich überlasse ihm diesen Punkt, da derselbe ausschließlich die Anschauungsweise der großen und erleuchteten Nation betrifft, die wir heute zu erfreuen und zu belehren hoffen, und für deren hervorragende Vertreter ich ihn ansehe. Ich beschränke mich darauf, Ihnen die Verfertigung zu geben, daß Herr Lawrence in diesem Punkte völlig beruhigt ist.“

Stone nickte mit einem kaum merklichen Anflug eines Lächelns um seine dünnen Lippen, Parker in ihm dem Staunen. „Die Sache ist also einfach die“, begann ich wieder in geschäftsmäßigem Ton, „Punkt halb fünf Uhr haben Sie sechs Atmosphären Dampf im Kessel, Wasser und Kohle in Ordnung, alle Lager gut gefüllt — vergessen Sie das Bremshand auf der Hinterachse nicht, Herr Stone —, kurz, die Maschine zur Abfahrt vollständig bereitzuhalten. Sie fahren dann vor die Tribüne, wo ich Ihnen Ihre Plätze anweisen werde. Punkt fünf Uhr gibt Herr Delano ein Zeichen; er wird einen Retolver abschießen, wenn ich recht weiß, und Sie, meine Herren, fahren dann dreimal auf dem großen Ring herum. Keine Ueberleistung; keine unwürdige Anstrengung. Zuerst bitte ich Herrn Stone, voranzufahren — dann, nach etwa hundert Schritt, muß Parker ihn überholen und einen ziemlichen Vorsprung beibehalten, bis bei der dritten Umlauf, kurz vor dem Ziel, Herr Stone ihn wieder einholt und eine halbe Minute oder besser nur ein paar Sekunden vor Parker durchs Ziel fährt. Hier zum Schluß müssen Sie natürlich ein wenig aufpassen, daß die Sache nicht umgekehrt ausfällt. Sie haben mich verstanden?“

Parker's rundes harmloses Gesicht verästelte sich. „Aber“ — fing er an.

„Kein „Aber“, Parker“, sagte ich bestimmt. „Sie tun, wie ich Ihnen sage. Wir sind in Amerika und müssen den Herren Amerikanern zeigen, daß ein englischer Gentleman höflich sein kann.“

Stone lächelte mitleidig; Parker hing den Kopf. „Ich möchte mit Ihnen allein sprechen“, murmelte er in sichtsicher Seelennot. Wir traten in eine heimliche, und dem Flüsterer, während sein Kopf purpurrot wurde:

„Wir wäre es ja gleichgültig, Sir, wer am Schluß voranzufährt; aber Sall — ich habe Sall versprochen.“  
„Weibergeschäften! Dummköpfe! Schämten Sie sich, Parker!“ sagte ich entrückt. „Ich hoffe — die Herren Fowler in England hoffen, daß Sie Ihre Pflicht tun werden.“

Deutscher Reichstag

Berlin, 19. Oktober. Beginn der Sitzung 2 Uhr nachmittags. Nach dem Ministerium...

Aussprache über die Freierhebung für das 1. Drittel der Getreideumlage

Herr Blum (Ztr.) bedauert, daß diese wirtschaftliche Frage die Stunde so tief zerklüftet habe. Der Bayernrat werde zu Unrecht des Egoismus beschuldigt...

Herr Guno (Dp.) beklagt ebenfalls die falsche physische Einstellung der Landwirtschaft zum Ernährungsproblem...

Herr Wilmann (D.) verlangt von der Regierung eine umfassendere Aufklärungsstätigkeit, um die Bevölkerung zu einer gerechtere Verteilung der landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse zu bringen...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Herr Reim (Dp.) verweist auf die große Erbitterung, welche die Bevölkerung in der Bevölkerung hervorgerufen habe. Von den Agrarier werde die Volksernährung isoliert...

Ein Nachspiel zur Rathenau-Demonstration in Durlach

Schwurgericht Karlsruhe. Karlsruhe, 19. Okt. Die Vorkommisse am 4. Juli im Anschluß an die Kundgebungen zum Schutze der Republik in Durlach...

Der Vorsitzende des Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Wolf, eröffnete die Verhandlung mit der Mitteilung, daß als Verlester die Stadtgemeinde Durlach und eventuell Buchdruckereibesitzer Düps in Frage kommen...

Der 33jährige Erb ist verheiratet. Mit Ausnahme des 1891 geborenen jetzigen Fabrikarbeiters Müller haben die sonstigen Angeklagten kaum das 20. Lebensjahr erreicht. Der Eröffnungsbeschluss lautet auf Landfriedensbruch.

Zunächst wird Otto Ludwig benannt. Er gibt nur zögernd Antwort; ist aber gefällig über das Gittertor des Rathauses gestiegen zu sein. Im Rathaus selbst war eine Kommission anwesend, welche die Bilder im Rathaussaal abhängte...

Der Angeklagte erklärt, er sei, weil „anstandslos“, ins Rathaus gegangen und habe dort, veranlaßt durch die Volksmehrheit, ein schon aus dem Rahmen geschittenes und gerichtetes Bild aus dem Fenster geholt. Dies sei unten mit Hallöchen aufgenommen worden...

Der Angeklagte erklärt, er sei, weil „anstandslos“, ins Rathaus gegangen und habe dort, veranlaßt durch die Volksmehrheit, ein schon aus dem Rahmen geschittenes und gerichtetes Bild aus dem Fenster geholt. Dies sei unten mit Hallöchen aufgenommen worden...

Der Angeklagte erklärt, er sei, weil „anstandslos“, ins Rathaus gegangen und habe dort, veranlaßt durch die Volksmehrheit, ein schon aus dem Rahmen geschittenes und gerichtetes Bild aus dem Fenster geholt. Dies sei unten mit Hallöchen aufgenommen worden...

Der Angeklagte erklärt, er sei, weil „anstandslos“, ins Rathaus gegangen und habe dort, veranlaßt durch die Volksmehrheit, ein schon aus dem Rahmen geschittenes und gerichtetes Bild aus dem Fenster geholt. Dies sei unten mit Hallöchen aufgenommen worden...

Der Angeklagte erklärt, er sei, weil „anstandslos“, ins Rathaus gegangen und habe dort, veranlaßt durch die Volksmehrheit, ein schon aus dem Rahmen geschittenes und gerichtetes Bild aus dem Fenster geholt. Dies sei unten mit Hallöchen aufgenommen worden...

es war ein Fehler des Bürgermeisters, daß er dieselben nicht entfernen ließ. Sie gehörten ins Museum oder verkauft und der Erwerb zu Wohnungsbauten verwendet. Die jungen Angeklagten konnten vom Wert der Bilder natürlich keine Ahnung haben...

Nachmittagsführung. In der Zeugneneinvernahme wird fortgesetzt. Oberwachmeister Wuhngug hat einige der Angeklagten im Rathaussaal gesehen und später namhaft gemacht...

Oberwachmeister Wuhngug hat einige der Angeklagten im Rathaussaal gesehen und später namhaft gemacht. Der sich an der Bilderzerstörung beteiligte, kann Zeuge nicht sagen, da der Trupp zu groß war. Das Gerabwerfen sei hauptsächlich von jungen Leuten gefördert worden...

Zeuge Weinbrecht über Verhandlungen mit Buchdruckereibesitzer Düps wegen der Schreibung des „Durlacher Wochenblattes“. Während man sich in der Redaktionsstube unterhielt, sei die Sache mit der Fahne passiert. Diese wurde freiwillig herausgegeben...

Zeuge Hausmeister Dinger macht Angaben darüber, wie man im Rathaussaal hauste. Zerbrochen sind 13 große und 5 kleine Bilder. Die Zahl der demolierten Rahmen ist nicht festgestellt. Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben...

Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben. Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben...

Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben. Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben...

Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben. Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben...

Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben. Zeuge Krumpholtz-Söllinger bekundet, den Angeklagten Wenz am Rathaussaal erkannt und gesehen zu haben...

Theater, Kunst und Wissenschaft

Reihe H: „Der Revolver“, Komödie in 5 Aufzügen von Nikolai Gogol

Es war in doppelter Hinsicht ein guter Gedanke, den Mitgliedern der Volkshöhle den „Revolver“ zu bringen. Einmal weil ein in ausgesprochen leichtfüßiges Publikum öfter eine gute Komödie haben muß, sondern weil es nicht unnützlich ist, die Kenntnis der älteren Literatur aufzufrischen...

Der Direktor Blum hat es in seinem einführenden, leider wieder etwas länglich gehaltenen Vortrag betont, daß man in Deutschland nichts von russischer Literatur wisse. Das stimmt aufs Haar. Wer ist aber Schuld daran? Nur unsere allmodernen Schullehrpläne, die ganz auf griechische, lateinische, französische und englische Literatur eingestellt sind...

Der Direktor Blum hat es in seinem einführenden, leider wieder etwas länglich gehaltenen Vortrag betont, daß man in Deutschland nichts von russischer Literatur wisse. Das stimmt aufs Haar. Wer ist aber Schuld daran? Nur unsere allmodernen Schullehrpläne, die ganz auf griechische, lateinische, französische und englische Literatur eingestellt sind...

Der Direktor Blum hat es in seinem einführenden, leider wieder etwas länglich gehaltenen Vortrag betont, daß man in Deutschland nichts von russischer Literatur wisse. Das stimmt aufs Haar. Wer ist aber Schuld daran? Nur unsere allmodernen Schullehrpläne, die ganz auf griechische, lateinische, französische und englische Literatur eingestellt sind...



### Kleine badische Chronik

**Welscheneck, 20. Okt.** Der frühere Straßenwart Joh. Dietrich Pfalzgraf begehrt heute mit seiner Frau in Körperlicher und geistiger Hinsicht das Fest der goldenen Hochzeit. Das Jubelpaar erfreut sich allgemeiner Beliebtheit in der Gemeinde und deshalb nimmt auch die ganze Bevölkerung an diesem feierlichen Fest herzlichen Anteil. Wir gratulieren den alten Leuten und wünschen ihnen einen schönen und friedlichen Lebensabend.

**Heidelberg, 19. Okt.** Hier fand eine große Kundgebung in der Stadthalle gegen Schlemmerei und Wucher statt, an der Tausende von Menschen sich beteiligten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Regierung aufgefordert, 1. alle Maßnahmen zu ergreifen, die der Schlemmerei und dem Wucher Einhalt gebieten, 2. Geseftliche Bestimmungen zu erlassen, welche die Vergeudung der notwendigen Lebensmittel unmöglich machen, 3. Zur Einführung des Gemeindefeststellungsrechts Schritte zu tun.

**Freiburg i. Br., 19. Okt.** Zur Beratung wichtiger Verkehrs- und Organisationsfragen wies der Reichsverkehrsminister Weiser mit mehreren Staatssekretären aus Berlin und sämtlichen Präsidenten der Reichslandesdirektionen, darunter auch Generaldirektor Stadtrat Schulz aus Karlsruhe, seit gestern in der hiesigen Stadt. Die Beratungen, die gestern ihren Anfang nahmen, werden heute fortgesetzt werden.

**Stuttgart, 17. Okt.** Mit 35 Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten wurde Bürgermeister Dr. Lang von Badenheim zum Bürgermeister von Stuttgart gewählt. Die 22 Stimmen des Zentrums fielen auf den Verwaltungsführer Dr. Bach-Karlsruhe.

**Schnee auf dem Feldberg.** Nachdem immer noch zu hoffen war, daß nach dem vergangenen Sommer wenigstens einige schöne Herbsttage kommen werden, ist auf dem Feldberg bereits

der Winter eingezogen und wird schließlich auch in den Tälern nicht mehr lange auf sich warten lassen. Mittwochs nachmittags und nachts ist auf dem Feldberg Schnee gefallen, jedoch Donnerstag früh eine Schneedecke von 14 Zm. gemessen wurde. Bei der Veränderlichkeit der Witterung ist allerdings noch nicht damit zu rechnen, daß nun der Skifort schon seinen Anfang nehmen kann. Auch mit Rücksicht auf den herrschenden Kohlenmangel möchten wir wohl hoffen, daß noch einmal wieder wärmere Tage kommen, zumal auch die für die noch nicht ganzlich beendete Ernte dringend notwendig sind.

Schriftleitung Georg Schöfelin. Verantwortlich für Artikel, Politische Überfahrt und Letzte Nachrichten Hermann Kabet; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindefeststellung, Aus der Partei, Gerichtsbarkeit und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliche, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Gisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

**Bis zu 4 Seiten** **Vereinsanzeiger** Preis 14.— die Zeile Nr. 10.— die Zeile (Verzugsanzeigen finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme)

**Karlsruhe (Sängerbund Vorwärts).** Am Sonntag, Punkt 1/11 Uhr. Zusammenkunft im „Schwanen“ in der b. D. zwecks Ehrung. Am Dienstag 8 Uhr Probe „Grüner Berg“. Die passiven Mitglieder können ihre Eintrittskarten für den Vunten Abend (28. Oktober) am Dienstag von 7-10 Uhr gegen Ausweis im Lokal „Grünwald“ und „Deutsche Gasse“ erhalten. Wir möchten wir dringend zum Vorkauf raten. Mit den Rückmilitärberatern muß bis Freitag, 27. d. M., abgerechnet sein. 5347

Naturfreunde, Gau Baden. Die Ortsgruppen werden gehalten, das neue Nachrichtenblatt bei Gen. Gohlens, Karlsruhe, Schriftst. 37, in Empfang zu nehmen. 5350

**Karlsruhe (Arbeiter-Madfabriker-Bund Solidarität).** Sonntag, 22. Okt., Schlußausfahrt nach Rintheim. Abfahrt 1.30 Uhr Winterdental. Dienstag, 24. Okt., Punkt 8 Uhr, Ausschuss- und Spartenkommissionssitzung im Lokal. 5353

**Karlsruhe-Wahlburg.** (Brüderbund.) Sonntag nachmittag 3 Uhr Mitwirkung beim Promenade-Konzert in Engländer. — Montag Abend 8 Uhr Singstunde. Volkshilfesitzung. 5355

**Karlsruhe-Weierheim.** (Vereinigte Sozialdemokr. Partei.) Heute Abend 8 Uhr im „Weierheimer Hof“ Bezirksversammlung. 5348

Die beste Kaffeemischung bereiten Sie sich selbst aus „edstem Kaffeebohnen-Malzaffee“ mit etwas gutem Bohnenkaffee. Dann haben Sie bestimmt etwas Gutes! Sie können Kaffeebohnen-Malzaffee als tägliches Hausgetränk oder auch allein verwenden, wie es hunderttausende deutscher Familien im Interesse der Gesundheit und aus Sparanklassengründen seit Jahrzehnten tun.

### Karlsruher Wohnungsmarkt

mit amtlicher Vorbringsliste und Wohnung-Anzeigen — neueste Ausgabe — erschienen. Einzelnummer Nr. 4.— Anzeigen für den Wohnungsmarkt, die in der nächsten Ausgabe erscheinen sollen, wollen alsbald in unserer Geschäftsstelle, Luitpoldstraße 24, aufgegeben werden.

Buchdruckerei und Verlag des „Volksfreund“.

### Ausschluß der Bemittelten vom Bezug von Markentrot.

1. Nach § 30 Abs. 3 des Reichsgesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus dem Jahre 1922 vom 4. Juli 1922 sind nicht ver- forungsberechtigter Personen, bei denen nach ihrem eigenen oder nach den Einkommensverhältnissen dessen, der ihnen Unterhalt im gemeinsamen Haushalt zu gewähren hat, ein Bedürfnis, Brot im Wege der öffentlichen Versorgung zu erhalten, nicht anerkannt werden kann.

II. Zur Ausführung der vorgenannten Reichsgesetzlichen Vorschriften hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft durch Erlass vom 20. September 1922 folgendes bestimmt:

1. „Verforungsberechtigter“ sind nicht Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1921 nach dem Einkommensteuergesetz von 1921, oder, falls ein solches bei Feststellung der Verforungsbedürftigkeit noch nicht zugewiesen worden ist, nach ihrer Einkommensteuererklärung für die alleinlebende Person 30 000 M., für den Haushaltbestand 30 000 M. zuzüglich 15 000 M. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen übersteigen hat.

(Befinden sich in einem Haushalt neben dem Haushaltungsvorstand weitere Personen, die selbständig einkommensteuerpflichtig sind, so sind sie für die Feststellung der Verforungsbedürftigkeit nicht als Haushaltsmitglieder, sondern als alleinlebende Personen zu betrachten. Dies gilt auch für Hausangehörige. — Erlass des Reichsministeriums des Innern vom 17. Oktober 1922.)

2. „Das Gleiche gilt für Personen, deren Einkommen, ohne das eine inländische Einkommensteuerpflicht für das Kalenderjahr 1921 bestand, die obengenannten Höhe übersteigen hat.“

3. „Der nachweislich, daß sein Einkommen im Wirtschaftsjahr 1922/23 das Vierfache des Einkommens nach Absatz 1 nicht übersteigt, bleibt verforungsbedürftig“ (auch wenn er nach dem Maßstab seines Einkommens von 1921 nicht verforungsbedürftig wäre. Dagegen nicht, wer nach Absatz 1 als verforungsbedürftig gilt, auch dann verforungsbedürftig, wenn sein jetziges Einkommen das Vierfache des Einkommens nach Absatz 1 übersteigt. — Erlass des Reichsministeriums des Innern vom 7. Oktober 1922.)

III. Für die Stadt Karlsruhe wird zum Vollzug dieser Vorschriften folgende Anordnung getroffen:

Alle hier wohnhaften Personen, die nach der Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft vom 16. September 1922 (siehe Ziffer 1) dieser Bekanntmachung) als nicht verforungsbedürftig aus der allgemeinen Brotversorgung aus- geschlossen sind, dürfen nach dem 16. Oktober 1922 nicht mehr Brot im Wege der öffentlichen Versorgung dieser Bekanntmachung an- nehmen. Sie sind bis zum 31. Oktober 1922 schriftlich oder mündlich bei der Kartenstelle des städtischen Nahrungsmittelamts, Kaiserstraße 5, abzugeben und die bereits empfangenen Brotscheine, soweit sie für die Zeit nach dem 16. Oktober 1922 lauten, bei der gleichen Stelle abzugeben.

IV. Wer ohne verforungsbedürftig zu sein, die öffentliche Versorgung in Anspruch nimmt, wird nach § 49 Ziffer 3 des Reichsgesetzes über Brot und Getreide bis zu einem Jahr und Geldstrafe bis zu 500 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verhängt ist. Karlsruhe, den 19. Oktober 1922. 2949

Für den Stadtrat: Der Oberbürgermeister.

### Raupenvergiftung.

Alle Obst- und Nierbäume sowie Gehäuser in Gärten, Obst- und Feldern und Wiesen, an Straßen, Wegen und Gassenabzweigungen sind bis spätestens Mitte Dezember 1922 von Raupen zu reinigen und die letzteren zu vernichten. Nach diesem Zeitpunkt werden sich Raupen halten lassen und gegen die Schäden auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen nicht einschreiten, außerdem erfolgt die Vernichtung der Raupenmeister auf deren Kosten. Karlsruhe, den 14. Oktober 1922. 2947

Der Oberbürgermeister.

### Gemeindevahlen Karlsruhe am 19. November 1922 betr.

Die Wahlartel für die Gemeindevahlen liegt von Samstag, den 21. Oktober bis einschließlich Samstag, den 28. Oktober jeweils von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr, am Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 bis 12 Uhr

im Gewerbeschulhaus am Lidenplatz

Eingang Adlerstraße 29 III. Stock, Mittelbau, Zimmer 92, in den Stadtteilen Grünwald, Engländer, Rintheim und Müppert auf den Gemeindefeststellungslisten vorzulesen zu jedem Manns Einsicht auf.

Die wahlberechtigten Gemeindevohner werden aufgefordert, sich durch Einsichtnahme davon zu überzeugen, daß ihr Name in der Wahlartel aufgenommen ist. Eine Einsichtnahme der wahlberechtigten von ihrer Aufnahme in die Wahlartel findet der wahlberechtigte wegen nicht statt. Verforungsbedürftig werden hiernach nur die Gemeindevohner, deren wahlberechtigung erst nach der letzten Landtagswahl (Oktober 1921) eingetreten ist, das sind die erst seitler das 20. Lebensjahr vollendet oder erst seitler, mindestens aber schon vor 6 Monaten, in Karlsruhe Wohnung genommen haben. Wer bei der letzten Landtagswahl nicht in der Wahlartel geführt hat und bis zum 25. Oktober nicht durch Wahlartel über seine wahlberechtigung in die Wahlartel benachrichtigt worden ist, steht nicht in der Wahlartel und muß dafür sorgen, daß er noch aufgenommen wird. Die persönliche Einsichtnahme in die Wahlartel wird ferner allen wahlberechtigten empfohlen. Die seit der letzten Landtagswahl ihre Wohnung in Karlsruhe gewechselt haben. Nach Ablauf der Einsichtfrist ist ein Einspruch nicht mehr zulässig. Bei den Gemeindevahlen kann nur werden, wer in der Wahlartel eingetragen ist, aber wer durch ein Zeugnis des Oberbürgermeisters und nach demselben, daß sein Wahlrecht nach Abschlus der Wahlartel durch höhere Entscheidung anerkannt worden ist.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1922.

Für den Stadtrat: Der Oberbürgermeister.

### Anzüge, Mäntel

Während der Herbstperiode in der Zeit vom 1. Oktober bis mit 4. November ds. Jrs. sind die Lauben einzusperrten. Zuwiderhandlungen werden nach § 30, Ziff. 1 Feldpolizeiordnung bestraft. 1820

Karlsruhe, den 19. September 1922. Der Oberbürgermeister.

### Spätharveste 1922 betr.

Für die Dauer der diesjährigen Spätharveste wird der Wegzug für den öffentlichen Fahrverkehr gesperrt.

Droschken, Autos usw. sind auf der Durlacherallee, entlang dem Gorbstein, zwischen Schlaghaushöhe und der westlichen Reihplatzstraße, fahrräder, Kinderwagen, Hundkarren sind auf dem Platz am Eingang zum Schlag an der Mauer des Schlaghofs anzuhalten. 2900

Karlsruhe, den 16. Oktober 1922. O. P. 142

Badisches Verkehrsamt — Postdirektion.

**Upana**  
Das ist die Lösung für alle Krankheiten.  
Upana ist ein Naturprodukt, das aus den besten Rohstoffen hergestellt ist. Es wirkt gegen alle Krankheiten, die durch Unreinheit des Blutes entstehen. Upana ist ein Naturprodukt, das aus den besten Rohstoffen hergestellt ist. Es wirkt gegen alle Krankheiten, die durch Unreinheit des Blutes entstehen.

**Matratzen und Polstermöbel** werden gut und billig ausgearbeitet sowie neu angefertigt. Baumwoll, früher Wilhelmstr. 35, jetzt Erbprinzenstrasse 20.

**Bei Lungenleiden, Tuberkulose, Asthma, Husten** heilfertig und allen sonstigen schweren Erkrankungen der Atmungsorgane schenkt Dr. C. W. Wagners peruvian. Lungenbalsam N Y M P H O S A N (gel. gelb.) in kurzer Zeit Hilfe. Der schmerzende Nachschweiß und der lästige Husten verschwinden, der Auswurf löst sich und die Kranke (Säuglinge) werden unbeschädigt. Mit großem Erfolg seit Jahren erprobt, ärztlich verordnet und empfohlen. Bestandteile: Bals. Myrsop. Sonson eps. 35% Na. br. 12% Dextr. Malt. 12% Levul. 10% Gl. acac. Aq. p. s. ad 100. Täglich stehende Anweisung. Preis der Flaschen einisch. Porto u. Verpackung Mt. 250.— u. Nr. 450.— Die Zusendung erfolgt durch unsere Versandpoststelle. Alleinige Hersteller: Nymphenburger, Nymphenburger L. 103. 11600

### Gänzelebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angeliefert.

K. Möser, geb. Stämer, Erbprinzenstr. 21, 2. St.

### Gänzelebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angeliefert.

K. Möser, geb. Stämer, Erbprinzenstr. 21, 2. St.

### Gänzelebern

werden fortwährend zu den allerhöchsten Tagespreisen angeliefert.

K. Möser, geb. Stämer, Erbprinzenstr. 21, 2. St.

### In 30 Minuten Ihre Passfoto

ausfertigen lassen. Nur im Photogr. Atelier Kaiserstr. 50, Eing. Adlerstr.

### Einfag - Hemden

die besten Qualitäten, zu noch sehr billigen Preisen

H. Hilberg, Hauptstraße 7.

### Neuer Überzieher

mittl. Figur, zu verkaufen. Akademiestr. 57 I. 2. St.

### Offenburger Anzeigen

Die Leistung des Schwörens- und Schöffen- dienstes für das Jahr 1923 betreffend.

Die gemäß Verordnung vom 11. Juli 1879 aufgestellte Liste zur Ernennung von Schöffen und Schwörenen ist für die hiesige Stadt aufgestellt, an dem 20. bis 26. d. Mt. auf Zimmer 5 des Rathhauses, Eingang von der Karlsruher, zu jedem Manns Einsicht öffentlich auf und es kann während dieser Zeit Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit derselben schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Stadtpolizeiamtes erhoben werden. Die Einsprüche sind sowohl den Antrag nicht einzutragender, als die Übertragung einzutragender Personen zum Gegenstand haben.

Personen, welche nach § 35 Gerichtsverfassung die Berufung zum Amte eines Schöffen oder Schwörenen ablehnen dürfen, können ihre beschlagnahmten Güter vorzeitig durch Verpfändung an den Gläubiger des Schwörenen nach Wahlgabe der §§ 53 und 94 Gerichtsverfassung, ebenfalls binnen der Einspruchsfrist, beim Stadtpolizeiamt mit den nötigen Nachweisungen anbringen. (§ 3 der V.O.) Die Berufung zum Amte eines Schöffen dürfen ablehnen:

1. Mitglieder einer Deutschen gesetzgebenden Versammlung;
2. Personen, welche im letzten Geschäftsjahre die Verpflichtung eines Schwörenen, oder an wenigstens 3 Schwörenen die Verpflichtung eines Schöffen erfüllt haben;
3. Ärzte, Krankenpfleger und Hebammen;
4. Apotheker, welche das 66. Lebensjahr z. Jt. der Aufstellung der Liste vollendet haben, oder daselbst bis zum Ablauf des Geschäftsjahrs vollendet werden;
5. Personen, welche glaubhaft machen, daß sie den mit der Ausübung des Amtes verbundenen Aufwand zu tragen nicht vermögen;
6. Frauen, welche glaubhaft machen, daß ihnen die Führung der hiesigen Familie die Ausübung des Amtes in besonderem Maße erschwert.

Offenburg, den 18. Oktober 1922. Stadtpolizeiamt.

### Bruchsaler Anzeigen

#### Karten-Ausgabe

am Freitag, den 20. Oktober 1922, an die Buchhändler bis einschließlich V. am Samstag, den 21. Oktober 1922, an die Buchhändler bis einschließlich Z. Am Montag, den 22. Oktober 1922 Kartenausgabe an die Nachzügler. 2943

Bruchsal an den 20. Oktober 1922.

Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß nach langjährigem Schmerzenslager infolge eines im Jahre 1919 erlittenen Schlaganfalls, unter lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

**Otto Gabler**  
im Alter von 80 Jahren vom Erdenaschlaf erlitten worden ist.

Karlsruhe, den 19. Oktober 1922.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
**Familie Gabler.**

Beerdigung: Samstag nachmittags 3 Uhr von der Friedhofstraße aus.  
Erdbegrabung: Freitagstraße 51. 5353

**Trauerhüte**  
in jeder Preislage stets vorrätig

**S. Rosenbusch, Kaiserstr. 137.**

Genossen, versichert Euch bei der gewirk-schäftlich-genossenschaftlichen

**Volksfürsorge!**  
Baro: KARLSRUHE, Wilhelmstraße 47.

**Gelegenheitskauf!** **Gänzelebern**  
Anzugstoffe billig zu verkaufen. 2944

**Konsumverein Bruchsal Einladung**  
zur ordentlichen General-Versammlung

am Sonntag, den 22. Oktober 1922, nachm. 2 Uhr, im hinteren Saale zum „Wolf“.

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Bericht des Aufsichtsrates.
3. Genehmigung der Bilanz und Entlassung des Vorstandes.
4. Beschlußfassung über Verwendung der Erübrigung.
5. Satzungsänderung § 10 und 38 (Erhöhung des Eintrittsgeldes und der Geschäftsanteile).
6. Wahlen zum Aufsichtsrat. Es scheiden aus die Herren Dr. Gutmann, Model und Seidel. Die Auscheidenden sind wieder wählbar.

Antworte zur Generalversammlung: müssen 3 Tage vorher eingereicht sein.

Mit der Bitte um zahlreicher Beteiligung laden wir unsere verehrlichen Mitglieder freundlichst ein.

Der Vorstand Der Aufsichtsrat  
E. Seidel Dr. Gutmann  
Zutritt haben nur Mitglieder und deren Familien.

**Plattatter Anzeigen.**

**Baul Mühlenhaupt**  
Delikatessen und Lebensmittel  
Kapellenstr. 3. Telefon 526

Große Auswahl in nord- und süddeutschen Wurstwaren  
Aufschnitt - Eier - Butter - Käse  
Sittmarinaden 1407

Wein - Cognak - Ektöre  
Lee - Kakao - Kaffee - Kekes  
Bismarcknickel n. Roggenkroibrot  
Feinste Kox Kasse - Neue Kalksheringe.

